— **Die neuen Ministergehälter.** Nach der neuen Besoldungsvorlage, die am 1. Juli in Kraft tritt, beziehen die sächsischen Minister, die bis jetzt den Reichs- und preußischen Ministern gehaltlich gleichgestellt waren, künftig monatlich 700 000 Mk. an Grundgehalt weniger, als diese. Nach der neuen Vorlage setzt sich das Monatsgehalt der sächsischen Minister folgendermaßen zusammen:

| | |
|---|---|
| Grundgehalt . . . . . | 5 000 000 Mk. |
| Ortszuschlag . . . . . | 180 000 Mk. |
| Hierzu tritt ein Teuerungszuschlag von 87 Prozent . . . | 4 506 600 Mk. |
| das sind monatlich . . . . | 9 686 600 Mk. |

Hierzu kommen noch etwaige Kinderzulagen und für die meisten Minister die Diäten als Abgeordnete. Der Ministerpräsident bezieht außerdem noch ein Sechstel der Bezüge als Aufwandsentschädigung. Man sieht, die sächsischen Minister werden auch trotz des kleinen Rückstandes hinter den Reichsministern immerhin noch ihr Auskommen finden.

—* **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Der Reichsrat hat im Einverständnis mit der Reichsregierung die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge im unbesetzten Deutschland mit Geltung vom 25. Juni 1923 wie folgt erhöht:

Die Höchstsätze betragen in den Orten der Ortsklassen:

| | B M. | C M. |
|---|---|---|
| 1) für männliche Personen: | | |
| a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben | 8400 | 7700 |
| b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben | 7400 | 6800 |
| c) unter 21 Jahren | 5100 | 4800 |
| 2) für weibliche Personen: | | |
| a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben | 7400 | 6800 |
| b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben | 6100 | 5700 |
| c) unter 21 Jahren | 4600 | 4200 |
| 3) als Familienzuschläge für | | |
| a) den Ehegatten | 3200 | 3000 |
| b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige | 2400 | 2300 |

Für Riesa und Gröba kommt Ortsklasse B in Frage.

* **Dresden.** Kommerzienrat Sackmann in Kleinzschachwitz spendete zum Ausbau des Dresdner Kinderheims in Norderney weitere 5 Millionen Mark.

—g. **Dresden.** Unbegründeter Giftmordverdacht. Im Grundstück Münzgasse 6 war am Montag die Schlossersehefrau Heyn plötzlich verstorben. Da die Eheleute mehrfach Streit gehabt und ein solcher erst wenige Tage zuvor stattgefunden, so entstand der dringende Verdacht, Frau Heyn sei von ihrem Manne vergiftet worden. Der Leichnam wurde daraufhin behördlich beschlagnahmt und zur Sektion nach dem Landgerichtsgebäude am Münchener Platz gebracht. Am Mittwoch nachmittag wurde durch den Dresdner Gerichtsarzt, Regierungs-Medizinalrat Dr. Oppe, die Leichenöffnung vorgenommen. Zu dieser war auch der in Verdacht geratene Gatte vorgeführt und der Leiche gegenübergestellt worden. Schlosser Heyn bestritt von Anfang an, den plötzlichen Tod seiner in den fünfziger Jahren stehenden Frau verursacht zu haben. Der Sektionsbefund war auch ein ganz überraschender. Die Frau ist einer Darmverschlingung erlegen, die durch eine frühere Operation entstanden ist.

**Stolpen.** Einen unangenehmen Auftritt verursachte am Sonntag abend ein Kaufmann und Ringkämpfer Fischer aus Dresden, der mit dem Auto hier angekommen und, wie es schien, angetrunken war. Mit anderen Automobilisten entstanden Streitigkeiten, die in Schlägerei ausarteten, wobei der zuerst Genannte einen Gummiknüppel gebrauchte. Als der Stadtwachtmeister im Begriff war, den rabiaten Mann zu verhaften, wollte dieser mit dem Auto davonfahren, aber handfeste Männer kippten das kleine vierrädrige Auto um, so daß er sich in das Unvermeidliche fügen mußte.

**Kamenz.** Unser altbeliebtes Forstfest wird auch dieses Jahr in der Bartholomäuswoche, vom 20. bis 23. August, abgehalten werden.

* **Pausa.** Bei einer hiesigen Invalidenrentnerin erschien ein unbekannter Mann und erbot sich, Zahngebisse zu reparieren. Die Frau gab dem Manne ihr Zahngebiß im Werte von 1 Million Mark zur Reparatur mit und erhielt es nicht wieder zurück.

* **Oberu.** Hier starb der Gemeindevorstand Schäfer, der 14 Jahre lang der Gemeinde mit vorbildlicher Treue gedient hat. Seine letzte Amtshandlung war die Ausfüllung seiner eigenen Sterbeurkunde, bei der nur noch die Stunde des Todes fehlte.

* **Meerane.** Hier wurde ein in Gößnitz in Arbeit stehender Schmiedelehrling festgenommen, der in letzter Zeit einen schwunghaften Handel mit Margarine und anderen Lebensmitteln getrieben hat. Die Waren hat er in einem hiesigen Geschäfte fortgesetzt gestohlen.

* **Mittweida.** Den Geldschrank seines Vaters erbrach der Sohn eines hiesigen Geschäftsinhabers, raubte daraus 1½ Millionen Mark und floh nach Leipzig, wo er verhaftet wurde. Er hatte außerdem die Firma, bei der er angestellt war, um Kleidungsstücke im Werte von etwa 8 Millionen Mark bestohlen.

* **Chemnitz.** Am Dienstag früh brannte auf dem Fabrikgelände der Firma Haubold in Vorstadt Borna ein größerer Modellschuppen nieder. Der Brand griff auch auf den danebenstehenden Ringofen der Ziegelei über.

**Leipzig.** In einer Wohnung in der Luppenstraße, L.-Lindenau, ist eine 70 Jahre alte Witwe und ihr dreijähriges Enkelkind an Gasvergiftung gestorben. Die Frau besorgte die Pflege der Kinder ihrer verheirateten Tochter, die mit ihrem Ehemann und noch einem vier Monate alten Kinde in der betreffenden Wohnung wohnt. Es wird vermutet, daß sie auf dem Gaskocher Milch anwärmen wollen, den Gashahn aufgedreht hatte, aber, bevor sie anzünden konnte, an einem Schwächeanfall erkrankte. Das jüngste Kind lag in einem Wagen auf dem Balkon, welchem Umstande es zu verdanken ist, daß es am Leben blieb.

**Leipzig.** Den Bemühungen des Leipziger Verkehrsvereins ist es gelungen, den Rat der Stadt für die Einrichtung eines Uebernachtungsheims während der Sommerferien zu gewinnen. Voraussichtlich wird schon für diesen Sommer eine möglichst in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegene Schule zur Verfügung gestellt werden, um eine billige Uebernachtungsgelegenheit für die wandernde Jugend und ältere Touristen, die Mitglieder des Verbandes Deutscher Jugendherbergen sind, zu schaffen.

**Leipzig.** Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" berichten: Seit Sonntag herrscht unter der Miltitzer Einwohnerschaft große Aufregung. In fast jeder Familie ist ein Krankheitsfall zu verzeichnen, der auf den Genuß von Rindfleisch zurückzuführen ist, das bei dem Fleischermeister Alfred Lademann in Miltitz gekauft wurde. Am Freitag bereits traten bei einigen Leuten nach dem Genuß von gehacktem Rindfleisch Krankheitserscheinungen auf, die diese aber vorerst noch nicht mit dem Fleischgenuß in Zusammenhang brachten, weil sie der Meinung waren, daß das Fleisch vollkommen einwandfrei gewesen sei. Am Sonntag nachmittag vermehrten sich die Krankheitsfälle in auffallender Weise. Die Kranken bekamen heftige Kopfschmerzen und mußten sich erbrechen. Am Montag vormittag schwoll die Zahl der Erkrankungen

**Heutiger Dollarkurs (amtlich): 149 625 Mk.**

noch mehr an, so daß am Nachmittag 70—80 Personen in ärztlicher Behandlung standen. Bedauerlicherweise hatte der Genuß des Fleisches auch viele Kinder auf das Krankenbett geworfen und noch heute ist eine Anzahl Kinder unter den Erkrankten, die sich sämtlich auf dem Wege der Besserung befinden. Dem Gerücht entgegen sind Todesfälle glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Heute liegen etwa noch 40 Personen krank, die anderen sind bereits genesen. Der Fleischerladen wurde behördlich geschlossen und die Hälfte des Rindes beschlagnahmt. Das Fleisch ist von der Staatsanwaltschaft dem Hygienischen Institut zur Untersuchung übergeben worden. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist noch nicht bekannt. Bis jetzt steht nur fest, daß die Kuh notgeschlachtet wurde. Fleischermeister Lademann hat sie in geschlachtetem Zustande und mit dem tierärztlichen Stempel versehen vom Rittergut in Witzschersdorf bei Dürrenberg gekauft und sie nach Miltitz gebracht. Er hat das Rind zur Hälfte verarbeitet, und zwar als Gehacktes, Koch- und Bratfleisch und Wurst. Seinen Angaben nach ist die Qualität des Fleisches gut gewesen und hat ein frisches Aussehen gehabt. Im Gegensatz dazu stehen freilich die Aussagen der Einwohner, die angeben, daß das Gehackte dunkel wie Pferdefleisch ausgesehen und komisch geschmeckt habe. Die Wurst habe gerochen und selbst die Hühner, die davon gefressen, seien krank geworden.

## Gerichtssaal.

=g. **Der Meißner Kindesmord vor Gericht.** Eine entsetzliche, kaum faßbare bestialische Tat kam am Mittwoch vor der sechsten Strafkammer des Dresdner Landgerichts (als Jugendstrafsache) zur Verhandlung und Aburteilung. Wegen Verbrechens nach § 212 des Reichsstrafgesetzbuches — vorsätzliche Tötung eines Menschen — hatte sich das am 15. September 1904 zu Meißen geborene Dienstmädchen Elsa Margarethe **Thomas** zu verantworten. Nach dem Eröffnungsbeschluß wurde die jugendliche Angeklagte beschuldigt, am 24. Februar 1921 im Grundstücke des Möbelhändlers Sturz in Meißen den Tod der vierjährigen Elfriede Bergner aus Düsseldorf vorsätzlich herbeigeführt zu haben, indem sie das Kind in die bis zum Rande gefüllte Abortschlote solange hineindrückte, bis der Tod eingetreten war. Als Tochter eines Meißner Kleingärtners hat sie die Pestalozzischule besucht, wurde Ostern 1920 konfirmiert und trat dann beim Möbelhändler Sturz in Dienste. Im Februar 1921 weilte die damals vierjährige Elfriede Bergner aus Düsseldorf, die einzige Tochter eines Freundes, bei der Familie Sturz zu Besuch. Ueber das kleine Mädchen will sich Angeklagte oftmals geärgert haben. Nach der Beweisaufnahme führte Staatsanwalt Dr. Hübner in der Anklagerede aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Tat ganz bestialisch durchgeführt worden ist. Es seien grauenvolle, abstoßende Einzelheiten zutage getreten, die Tat sei roh und herzlos, mit seltener Kaltblütigkeit verübt worden, für das Gericht gelte es nur zu prüfen, ob das schwere Verbrechen mit oder ohne Ueberlegung begangen worden ist. Die Angeklagte war damals 16 Jahre alt, der § 57 komme mit in Anwendung. — Rechtsanwalt Dr. Siebenhüner führte als Verteidiger aus, er sei mit schweren Schritten nach dem Gericht gekommen. Entsetzlich sei das verübte Verbrechen, nichts gebe es zu beschönigen. Mitschuldig seien unsere ganzen jetzigen Zustände, die einen Zug der Rücksichtslosigkeit in sich bergen. Der Verteidiger bat um milde Beurteilung dieser schweren Straftat. — Das Gericht erkannte wegen vorsätzlicher Kindestötung nach § 212 in Verbindung mit § 57 des Reichsstrafgesetzbuches auf **6 Jahre Gefängnis.** Die Untersuchungshaft kommt in Anrechnung. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, es handle sich um ein ganz abscheulich rohes herzloses Verbrechen. Nur die große Jugend war bestimmend, wenn keine weit höhere Strafe als Sühne ausgeworfen wurde.

## Schlageter-Trauergottesdienst.

Fernab von der Stätte, da der deutsche Held Schlageter unter den Kugeln der französischen Meuchelmörder sein junges Leben für sein geliebtes Vaterland ausgehaucht hat, wurde sein Gedächtnis geehrt. Am Mittwoch vormittag fand in der katholischen Hofkirche in Dresden ein Trauergottesdienst statt. Das Schiff der großen Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, Hunderte standen in den Seitengängen. Vor dem Hochaltar war, umrahmt von brennenden Kerzen, der schwarze Katafalk aufgestellt, den das Kruzifix krönte. Abordnungen der C. V.-Verbindungen Saxo-Thuringia, Dresden und Bergland, Freiberg hielten im studentischen Wichs mit umflorten Fahnen und gezogenen Degen die Ehrenwache. Die heilige Messe zelebrierte Pfarrer Dr. Kaiser. Der Knabenchor der Hofkirche sang dann noch ein dreistimmiges Requiem von Kretzschmer, währenddessen die symbolische Weihe durch die Priester stattfand.

## Zur Geldbeschaffung für die staatlichen Unternehmungen.

Eine gemeinsame Sitzung der Haushaltausschüsse A und B befaßte sich mit der Geldbeschaffung für die staatlichen Unternehmungen. Der Finanzminister gab zunächst einen Ueberblick über die Bemühungen der Regierung zur Erlangung von Geldmitteln. Die Reichsbank habe sich nicht entschließen können zur Hergabe von Geldern. Die Frage der Beteiligung des Reiches an den sächsischen Staatskohlenwerken ist mit dem Reichsschatzministerium erörtert worden, das aber die Umwandlung der Werke in eine Aktienunternehmung für erwünscht bezeichnete. Später hat das Reichsfinanzministerium auf Grund außenpolitischer Schwierigkeiten eine abwartende Haltung eingenommen. Inzwischen war durch die Geldentwertung der Kapitalbedarf auf etwa 75 Milliarden Mark gestiegen. Die Böhlener Kohlenwerke konnten in größerem Umfange nicht fortgeführt werden. Der inzwischen aufgetauchte Versuch, die Eisenbahnen im weiteren Maße zu elektrisieren, lenkte die Aufmerksamkeit wieder stärker auf Sachsen, da es die größten Braunkohlenlager einheitlich in staatlichem Besitze hat. Dieser Plan dürfte zu einer Verständigung mit der Reichsregierung und deren Beteiligung an Sachsens Braunkohlenwerken führen. Die Lausitzer Braunkohlenwerke will die Regierung zunächst weiter ausbauen, später die westsächsischen in Böhlen. In der Zwischenzeit wird der Kapitalbedarf in Höhe von 75 Milliarden Mark angefordert werden. Ueber eine Kohlenanleihe schweben Erörterungen. Um den allgemeinen Geldmarkt in Anspruch nehmen zu können, wird die Umwandlung der staatlichen Werke in Aktiengesellschaften nicht zu umgehen sein. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium werden fortgeführt. Der Finanzminister bittet, den vorliegenden Etat für 1923 inzwischen zu verabschieden. Das Staatsvermögen, das der Minister vor allem in den Staatsforsten und -Gütern vermehren und verbessern will, soll zunächst unter keinen Umständen angegriffen werden. Den Ausbau der anderen Staatsbetriebe, Porzellanmanufaktur, Blaufarbwerk Oberschlema, Kalkwerke und andere, hofft der Minister ohne allzugroße Schwierigkeiten vollenden zu können. Von bürgerlicher Seite wurde allgemein dem Grundsatz zugestimmt, daß die immobilen Werte des Staates nicht zur Befriedigung des gegenwärtigen Kapitalbedarfs herangezogen werden. Die Kommunisten schlugen allen Ernstes vor, die Sammlungen der Museen zu verkaufen, um auf diesem Wege Kapitalien zu erlangen. Allseitig herrschte die Auffassung, daß bei etwaiger Umgestaltung der Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften der Staat die vorherrschende Stellung erhalten müsse. Hierüber verbreitete sich der Minister des näheren und wies darauf hin, daß auch die Gemeinden als Teilhaber sich melden, sodaß Reich, Staat und Gemeinden als Hauptträger der heutigen staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in Betracht kommen dürften.

## Die wertbeständigen Löhne.

Nachdem die besondere Kommission der Zentralarbeitsgemeinschaft über das Problem der wertbeständigen Löhne beraten hat, werden der Vorstand der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und das Präsidium des Reichsverbandes der Industrie zu den Vorschlägen der Gewerkschaften Stellung nehmen. Die bisherigen Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne haben zu einem positiven Ergebnis noch nicht geführt. Alle maßgeblichen Stellen waren der Ansicht, daß eine gewisse Wertbeständigkeit des Einkommens herbeigeführt werden müsse. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reichsarbeitsministerium statt der Einführung fester Grundlöhne und eines beweglichen Teuerungszuschlages den Vorschlag einer gleitenden Lohnskala an Hand eines verbesserten Index machen werde.

## Die Dresdner deutsch-polnischen Verhandlungen genutzt.

Die polnische Gesandtschaft hat dem Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden, Ministerialdirektor v. Stockhammer, mitgeteilt, daß der bisherige polnische Bevollmächtigte, Minister v. Olszowski, infolge seiner Ernennung zum polnischen Gesandten in Berlin nicht mehr in der Lage sei, die Geschäfte als polnischer Bevollmächtigter bei den Dresdner Verhandlungen weiterzuführen, und daß die Ernennung eines neuen Bevollmächtigten alsbald erfolgen werde. Berücksichtigt man die zahlreichen deutschfeindlichen Stimmen, die in letzter Zeit aus Polen herübergeklungen sind, namentlich auch auf Gebieten, die in Dresden zur Verhandlung stehen, berücksichtigt man ferner die Stellung der in Polen gegenwärtig am Ruder befindlichen Parteien zu Deutschland, so darf man sich von dem Wechsel in der Person des polnischen Bevollmächtigten keine Erleichterung für die ohnehin so ungemein schwierigen Dresdner Verhandlungen versprechen.

In den politisch wichtigen Fragen, wie z. B. in der Frage der Staatsangehörigkeit ist man trotz monatelanger Verhandlungen von einer Einigung noch immer weit entfernt; andere wichtige Fragen, z. B. die Ansiedlerfrage, sind noch garnicht erörtert worden. Unter diesen Umständen ist noch nicht abzusehen, welchen Ausgang die Dresdner Verhandlungen nehmen werden.

## Betriebsrätekonferenz und Bezirkskonferenz der mitteldeutschen Bezirke des christl. Metallarbeiterverbandes.

Am 23. und 24. Juni fand im evangelischen Vereinshaus zu Leipzig eine Betriebsrätekonferenz und im Anschluß daran eine gemeinsame Bezirkskonferenz der Bezirke Freistaat Sachsen und Sachsen-Thüringen des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. An der ersteren Tagung nahmen rund 50 Betriebsräte teil, während die Bezirkskonferenz von etwa 120 Delegierten aus allen Verwaltungsstellen der beiden Bezirke besucht war.

Die Beratungen der Betriebskonferenz gruppierten sich um das Thema: Die Aufgaben der Betriebsräte des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Minderheitsbezirken, zu dem Herr Mauer den einleitenden Vortrag hat. — Ausgehend von dem Ergebnis der letztjährigen Betriebsrätewahlen, bei denen rund 5000 Betriebsräte aus den Reihen des Christlichen Metallarbeiterverbandes gewählt worden sind, wies der Referent u. a. auf die erfreuliche Tatsache hin, daß auch die Zahl der dem Verband angehörenden Betriebsräte in den beiden mitteldeutschen Bezirken eine starke Steigerung erfahren habe. In der sich an den Vortrag anschließenden ausgedehnten Aussprache berichteten die Betriebsräte über ihre praktische Arbeit und die mancherlei, nicht immer erfreulichen Erfahrungen, die sie namentlich mit dem sozialdemokratischen Teil der Betriebsräte gemacht haben. In der Bezirkskonferenz erstatteten zunächst die Bezirksleiter Glertz-Chemnitz für den Bezirk Freistaat Sachsen und Krull-Magdeburg für den Bezirk Sachsen-Thüringen den Jahresbericht. Aus beiden Berichten ging hervor, daß sich die Zahl der Mitglieder in der Berichtszeit mehr als verdoppelt hat, und daß für die weitere Entwicklung des Verbandes in diesen Bezirken die besten Aussichten bestehen. Der zweite Verbandsvorsitzende Schmitz-Duisburg befaßte sich in seinem grundlegenden Referat über die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage zunächst eingehend mit den augenblicklichen Zuständen im Ruhrrevier, und kam dabei auch auf die Aeußerung des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zu sprechen, der bekanntlich die Aufgabe des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet gefordert hat. Diese Aeußerung sei der Geist der Etappe derjenigen, die weit vom Schuß sitzen, und die Leiden und Opfer der arbeitenden Bevölkerung im besetzten Gebiet nur vom Hörensagen kennen. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes denke garnicht daran, den passiven Widerstand aufzugeben, weil sie davon überzeugt sei, daß ein Unterliegen in diesem Widerstand gleichbedeutend mit der dauernden Versklavung der Arbeiterschaft sei. Unter starkem Beifall der Konferenzteilnehmer faßte Herr Schmitz seine Ausführungen in folgende Sätze zusammen: „Die werktätige Bevölkerung des Westens kämpft unter Aufwendung riesiger Opfer materieller und seelischer Art um die Freiheit und Selbständigkeit Deutschlands gegen Versklavung unter das Joch kapitalistischer Imperialisten, um die Aufrechterhaltung der materiellen Existenz und rufen jedem zu: „Hände weg", der versuchen will, diese Kampffront zu sprengen." Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zeichnete der Redner ein übersichtliches Bild der gegenwärtigen Lage, und gab dabei gleichzeitig wertvolle Winke für die weitere Tätigkeit der Christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen und des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Besonderen, namentlich im mitteldeutschen Gebiet. Nach einem Schlußwort des Bezirksleiters fand die arbeitsreiche Tagung ihr Ende.

## Vermischtes.

**Grausiger Kindesmord und Selbstmordversuch.** Der 23jährige Schlosser Willy Schönerstedt in Erfurt-Nord, der mit seiner Frau in Unfrieden lebt und bereits im vorigen Jahre einen Selbstmordversuch beging, durchschnitt am Dienstag mit einem Rasiermesser seinen beiden Kindern im Alter von 1¾ und 2¾ Jahren die Kehlen, sodaß der Tod sofort eintrat. Dann brachte er sich selbst einen lebensgefährlichen Halsschnitt bei. Der Schwerverletzte wurde in das katholische Krankenhaus gebracht. Schönerstedt wird als ein solider, arbeitsamer Mann geschildert. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß der Grund zu der grausigen Tat in einem Zerwürfnis mit seiner Frau zu suchen ist.

**Ein grausiger Leichenfund.** In der Nähe von Vetter unweit Hannover wurde ein grauenhafter Leichenfund